

Währungsfonds – Weltbank – Welthandelsorganisation - Entfesselte Finanzmärkte und die globale Armutsbekämpfung

Jörg Huffschmid, Bremen

(Vortrag bei der 22. Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Zentrums für Frieden und Konfliktlösung, 12. Juli 2005, Burg Schlaining)

Einleitung

Der Titel des Referates ist nicht sehr erhellend. Er stellt verschiedene Elemente nebeneinander, deren Zusammenhang nicht ohne Weiteres ersichtlich ist: drei globale Institutionen, einen Zustand und eine Politik. Was haben die Institutionen Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB) und Welthandelsorganisation (WTO) mit dem Zustand entfesselter Finanzmärkte zu tun und welche Rolle spielt dabei – oder dagegen? – die globale Politik der Armutsbekämpfung? Versuchen wir die Sache vom Ende her aufzuziehen: Die Politik der Armutsbekämpfung reagiert auf den dramatischen Anstieg der Armut in der Welt während der letzten drei Jahrzehnte. Diese Ausbreitung der Armut hängt mit der Entfesselung der Finanzmärkte zusammen, die Mitte der 1970er Jahre begonnen hat. Die Institutionen sind deshalb so wichtig, weil sie zum wesentlichen Durchsetzungsinstrument dieser Entfesselung geworden sind – ganz im Gegensatz zu der Konzeption, die bei ihrer Gründung Pate gestanden hat. Diesen Zusammenhang will ich in 10 Thesen verdeutlichen.

1. Die Gründung eines Weltwährungsfonds, einer Weltbank und einer Welthandelsorganisation vor 60 Jahren drückt den Willen der Völkergemeinschaft aus, durch institutionalisierte internationale Zusammenarbeit globale Wirtschafts- und Währungskrisen zu verhindern und die internationale Konkurrenz einzudämmen, deren destabilisierende und kriegsfördernde Wirkungen im Bewusstsein der Menschen offensichtlich waren.

Auf eine solche globale wirtschaftliche Kooperation hatten sich die Regierungen von 44 Staaten im Juli 1944 auf der berühmten Konferenz von Bretton Woods verständigt. Sie sollte sich auf den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Länder und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, das Management einer internationalen Geld- und Währungsordnung und die Neuordnung der im Krieg zusammengebrochenen internationalen Handelsbeziehungen erstrecken. Drei globale Wirtschaftsorganisationen sollten diese internationale Zusammenarbeit stützen: Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD oder Weltbank), der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Internationale Handelsorganisation (ITO). Diese Konzeption wurde allerdings nur teilweise umgesetzt, weil der amerikanische Kongress die internationale Handelsorganisation ablehnte; stattdessen kam es 1948 zu einem allgemeinen Handels- und Zollabkommen (GATT) das keine supranationalen Kompetenzen hatte. IWF und Weltbank aber nahmen im Jahre 1947 ihre Arbeit als Sonderorganisationen der Vereinten Nationen auf, die im September 1945 als globale Friedensorganisation gegründet worden war.

2. Das kooperative Element in der Konstruktion des IWF bestand vor allem darin, dass er die Aufgabe hatte, für stabile internationale Geld- und Währungsbeziehungen zu sorgen und dadurch nationale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik vor Störungen von außen abzuschir-

men. Dieses Regime war sehr erfolgreich: Während des Bestandes des Systems von Bretton Woods erlebte die Weltwirtschaft einen beispiellosen Aufschwung.

Es stand zu dieser Zeit – als Lehre aus Krise und Krieg – in allen entwickelten Ländern außer Frage, dass die Politik erstens die Aufgabe habe, aktiv in die Wirtschaft einzugreifen und diese nicht allein den Marktkräften überlassen dürfe, und dass zweitens das Ziel des steuernden Eingreifens stetiges Wachstum, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit für alle sein müsse. Hierzu müsse auch der internationale Handel angekurbelt werden. Die dabei erforderliche internationaler Konkurrenz müsse sich in einem politisch gemeinsam regulierten Rahmen bewegen, für dessen Funktionieren eine stabile Geld- und Währungsordnung erforderlich sei. Um diese Stabilität und die Wirksamkeit nationaler Wirtschaftspolitik zu gewährleisten, enthielten die Statuten des IWF zwei zentrale Bestimmungen:

- Zum einen erhielt der IWF die Aufgabe, ein System *fixer Wechselkurse* zu managen, das als für die Entwicklung des Welthandels erforderlich angesehen wurde. Daher ist der IWF als Fonds konstruiert, in den alle Mitgliedsländer bestimmte Beträge einzahlen und aus dem Länder, deren Wechselkurse infolge von Leistungsbilanzdefiziten unter Abwertungsdruck geraten, kurzfristige Kredite zur Stabilisierung ihrer Währungen erhalten können.

- Zum anderen sahen die Statuten des IWF vor, dass jedes Land das Recht auf *Kapitalverkehrskontrollen* haben solle, also das Recht, Kapitalflüsse zu regulieren und eventuell zu beschränken, die nicht zum Ausgleich der Leistungsbilanz erforderlich waren. Dies war notwendig, um eine eigenständige nationale Wirtschaftspolitik zu gewährleisten und z.B. zu verhindern, dass Unternehmen als Reaktion auf eine Zinssenkung ihr Kapital ins Ausland bringen und so die wirtschaftspolitische Absicht der Zinssenkung unterlaufen, durch Verbilligung der Kreditaufnahme Konjunktur und Beschäftigung anzukurbeln.

Die Konzeption des IWF sah also eine *doppelte Fesselung der Finanzmärkte* durch die politisch einvernehmliche Regulierung der Wechselkurse und durch autonome nationale Kontrollen internationaler Kapitalflüsse vor. Unter diesem Dach einer kooperativen internationalen Geld- und Währungsordnung erlebte die Weltwirtschaft in den ersten 25 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg einen bislang beispiellosen Aufschwung, mit hohen Realeinkommen und relativ großen sozialen Fortschritten und Reformen in den Industrieländern. In der gleichen Zeit konnten die meisten ehemaligen Kolonien ihre nationale Unabhängigkeit erringen. Ihr Anspruch auf eine bessere ökonomische Position in der Welt erhielt mit der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) weltweite Anerkennung.

3. Trotz dieser positiven Entwicklung der Wirtschaft im Rahmen eines kooperativen Systems handelte es sich nicht um eine Idylle, sondern um eine Zeit voller Widersprüche und Konflikte.

Hierfür gab es vor allem vier Gründe

Erstens waren die 1950er und 1960er Jahre Zeiten des erbitterten *Kalten Krieges* und des massiven Antikommunismus in den meisten westlichen Ländern, der sich auch gegen nicht-kommunistische demokratische Bewegungen, Organisationen und Personen richtete.

Zweitens handelte es sich zwar um eine internationale Kooperation, aber es war eine Kooperation unter klarer *Führung der USA*. Das Stimmrecht in IWF und Weltbank entsprach – und entspricht bis heute - den jeweiligen Einlagen (Quoten), die sich nach der ökonomischen

Stärke der Mitglieder richten. Demnach hatten die USA in den 50er Jahren einen Stimmrechtsanteil von über 30 % im IWF und Weltbank, heute sind es noch rund 17 %. (Diese Halbierung ist deshalb politisch nicht sehr relevant, weil für jeden Beschluss von wesentlicher Relevanz eine Mehrheit von 85% der Stimmen erforderlich ist. Dies erlaubt es den USA nach wie vor, ihre Positionen und Interessen in IWF und Weltbank durchzusetzen).

Drittens haben die USA die Tatsache, dass ihre Währung zugleich Weltwährung war, dazu genutzt, ihre imperialen Interessen – z.B. den Vietnamkrieg - über die Dollarpresse zu finanzieren und dadurch die *Stabilität des internationalen Währungssystems* untergraben.

Viertens fielen auch die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte für die Beschäftigten in den Industrieländern nicht automatisch an, sondern mussten in teils *harten Auseinandersetzungen* gegen den Widerstand der Unternehmen durchgesetzt werden. Entscheidend ist aber, dass sie letztlich durchgesetzt werden konnten.

4. In der zweiten Hälfte der 1960er und ersten Hälfte der 1970er Jahre geriet die globale Dynamik kapitalistischer Entwicklung jedoch ins Stocken. Statt die Reform- und Kooperationspolitik nach innen und außen zu vertiefen, gingen die Regierungen unter dem Druck des Kapitals dazu über, sie schrittweise zu lockern und der internationalen Konkurrenz freien Lauf zu lassen.

Gründe für die ökonomischen Entwicklungsprobleme waren paradoxerweise vor allem die Erfolge des Nachkriegsregimes: Das hohe Wachstums- und Investitionstempo in den meisten Ländern führte zu Problemen der Überakkumulation bzw. des Übersparens. International hatte der florierende Welthandel die Menge der umlaufenden Dollars so stark vermehrt, dass Zweifel daran aufkamen, ob die USA in der Lage oder willens seien, diese auf Anforderung in Gold einzulösen, wie die amerikanische Regierung es in Bretton Woods versprochen hatte. Solche Zweifel untergruben die Stabilität des internationalen Währungssystems.

In dieser Situation wäre es nötig gewesen, die Reformpolitik zu intensivieren: nach innen beispielsweise durch Investitionslenkung und Ausbau des öffentlichen Sektors, international vor allem durch den Übergang zu einer echten Weltwährung, die nicht zugleich die nationale Währung eines Landes ist. Für eine solche Vertiefung wäre eine klare theoretische Konzeption und die Bereitschaft und Fähigkeit der linken Parteien und der Gewerkschaften erforderlich gewesen, diese auch gegen den Widerstand der Unternehmen durchzusetzen. Da beides nicht vorhanden war, nutzten die Unternehmen die wirtschaftliche Schwäche für einen Generalangriff auf alle Reformfortschritte der Nachkriegszeit. Das war die Geburtsstunde des Neoliberalismus. Praktisch begann die neue Politik in Lateinamerika mit dem von den USA mit vorbereiteten Staatsstreich in Chile im September 1973. Der wirtschaftspolitische Auftakt des Neoliberalismus bestand in der Aufkündigung der Währungs Kooperation durch die USA im August 1973. Fortan sollten die Wechselkurse durch Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten gebildet werden. Damit wurden die nationalen Währungen miteinander in Konkurrenz gesetzt. Diese konnte sich allerdings nur dann voll entfalten, wenn die Möglichkeiten der Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs abgeschafft würden – was in den 1980er Jahren in den meisten Ländern schrittweise durchgesetzt wurde.

5. Die Freigabe der Wechselkurse und die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs sind der Kern dessen, was als Entfesselung der Finanzmärkte bezeichnet wird. Es handelt sich hierbei nicht um eine zwangsläufige Logik des Kapitals oder unausweichliche Sach-

zwänge, sondern um bewusste politische Entscheidungen, die freilich unter dem Druck des Kapitals – und wegen der Abwesenheit eines ausreichenden Gegendrucks – zustande gekommen waren. Ihre Folgen sind einerseits eine massive Destabilisierung der Weltwirtschaft und andererseits ein enormer Druck auf Unternehmen und Regierungen durch die großen Akteure auf diesen Finanzmärkten.

Der sichtbarste Ausdruck der *Destabilisierung* sind die seit Beginn der 1980er Jahre immer häufiger auftretenden Finanzkrisen, insbesondere in Entwicklungsländern. Das Muster ist einfach: aufgrund des Drucks von IWF und Weltbank betreibt das Land eine Wirtschaftspolitik der hohen Zinsen (zur Sicherung der Preisstabilität) und stabilisiert seine Währung dadurch, dass es sie an der Dollar bindet. Beides zusammen macht das Land für internationale Finanzinvestoren attraktiver als die Industrieländer, in denen zwar hohe Gewinne erzielt, aber wegen unzureichender Nachfrage nicht rentabel investiert werden können. Daher strömen in kurzer Zeit große Mengen ausländischen Kapitals in diese Entwicklungsländer und erzeugen dort eine wirtschaftliche Scheinblüte, in deren Folge die Preise steigen und die Leistungsbilanz – wegen der Dollarbindung der nationalen Währung – ins Defizit gerät. Die Überhitzung der nationalen Finanzmärkte und steigende Inflationsraten nähren Zweifel an der Durchhaltbarkeit der Dollarbindung. Wenn es dann noch zu irgendeinem spektakulären Ereignis – z.B. dem Zusammenbruch eines Industrie- oder Finanzkonzerns – kommt, setzt eine panikartige Kapitalflucht ein. Dies lässt die Währung dann tatsächlich abstürzen und reißt das Land in eine tiefe Krise, deren Kosten in massivem Produktionsausfall, steil ansteigender Arbeitslosigkeit und Armut bestehen. Mexiko, Thailand, Südkorea, Philippinen, Indonesien, Russland, Brasilien, Türkei und Argentinien sind die bekanntesten Beispiele für die verheerenden Folgen der internationalen Finanzspekulation.

Der Druck, den die großen Finanzmarktakteure – die sog. „institutionellen Investoren“, d.h. große Investment- und Pensionsfonds und Versicherungskonzerne – auf *Unternehmen* ausüben, soll das Management zwingen, die Unternehmenspolitik ganz auf die – möglichst schnelle – Steigerung des Unternehmenswertes für die Eigentümer auszurichten und alle anderen Interessen demgegenüber zurück zu stellen. Die Messlatte für den Erfolg einer solchen Orientierung auf den „shareholder-value“ ist dabei weniger die langfristige Steigerung der Produktivität und Weltmarktaufstellung als vielmehr der kurzfristige Quartalsgewinn und vor allem der Börsenkurs des jeweiligen Unternehmens. Dass diese Orientierung auf das schnelle Hochpeitschen des Aktienkurses für die langfristige Entwicklung und Position des Unternehmens schädlich sein kann, haben die Entwicklungen der letzten 10 Jahre – die von Fehlspekulation und Größenwahn getriebene Fusionswelle, die Manipulationen und Fälschungen, wenn es nicht mehr weiter ging, und schließlich die Welle spektakulärer Zusammenbrüche – eindrucksvoll gezeigt. Für die großen Finanzmarktakteure ist dies dann kein Problem, wenn sie rechtzeitig – d.h. auf dem Höhepunkt der Kursentwicklung – ihr Kapital abziehen und in Sicherheit bringen – und damit den Zusammenbruch auslösen oder beschleunigen.

Schließlich der *Druck der Finanzmarktakteure auf Regierungen und deren Politik*: Die Freiheit des Kapitalverkehrs gibt den großen Finanzkonzernen die Möglichkeit, das angesammelte Kapital schnell und, auf der Grundlage moderner Kommunikationstechnologien, fast kostenlos überall in der Welt anzulegen – und auch wieder abzuziehen. Unter Verweis auf diese Exit-Option fordern sie die Optimierung der Investitionsbedingungen: Orientierung der Politik auf absoluten Vorrang für Preisstabilität, Senkung der Steuern für Unternehmensgewinne und andere Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden, Spekulationsgewinne) sowie der Lohn(neben)kosten, Aufbrechen der „verkrusteten Strukturen des Arbeitsmarktes“, d.h. Beseitigung von Arbeits- und Kündigungsschutz und von verbindlichen Tarifverträgen usw. Auch durch Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen – Eisenbahnen, Bus- und Bahnverkehr,

Telekommunikation und Post, Strom-, Gas- und Wasserversorgung – und öffentlicher Dienste im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich sollen attraktive Investitionsgelegenheiten geschaffen werden. Einen besonderen Schwerpunkt bildet hier die Privatisierung öffentlicher umlagefinanzierter Renten- und Pensionssysteme. Die Regierungen werden mit der Drohung des Kapitalabzugs in einen *Standortwettbewerb* gegeneinander getrieben, in deren Ergebnis die öffentlichen Einnahmen sinken und ihre Struktur zu Lasten der Beschäftigten und Verbraucher verschoben wird, die öffentlichen Ausgaben vor allem im Bereich der Infrastruktur, sozialer Dienste und der Alters- und Gesundheitsversorgung gekürzt und insgesamt das Volkseinkommen zugunsten der Unternehmen und hohen Einkommensklassen umverteilt wird.

6. Bei der Herausbildung und Festigung dieser Herrschaft der Finanzmärkte spielen der IWF und die Weltbank eine entscheidende Rolle. Dabei kommt es zu einer radikalen Veränderung in der Aufgabenstellung des IWF: Von der Organisation für das Management eines kooperativen Weltwährungssystems zum Aufsichtsorgan der Gläubigerländer des Nordens über die Schuldnerländer des Südens.

Der IWF kann nicht länger die globale Institution zum Management eines System fixer Wechselkurse sein, da dieses System mit der Wechselkursfreigabe Mitte der 1970er Jahre abgeschafft worden war. Stattdessen übernimmt der IWF nun – in Abstimmung mit Weltbank und der Regierung der USA - die Aufgabe, die neue neoliberale Politik vor allem in den Entwicklungsländern durchzusetzen. Er zwingt diese zu einer Wirtschaftspolitik, deren Hauptzweck es ist, ihre Zahlungsfähigkeit gegenüber den Gläubigerländern des Nordens zu gewährleisten. Das geschieht am besten dadurch, dass die Produktionsstrukturen der Entwicklungsländer in erster Linie nicht auf den Ausbau und die Stärkung einer umfassenden produktiven Basis, sondern auf möglichst hohe Exporte ausgerichtet werden. Die Erlöse aus diesen Exporten sollen dann die Bedienung und Rückzahlung der Schulden sichern, die den Entwicklungsländern in vielen Fällen durch die Anlagemöglichkeiten suchenden Finanzinvestoren zuvor geradezu aufgedrängt worden waren. Das ist der Kern des „Konsens von Washington“, der als globales Aufsichts- und Ausrichtungsregime an die Stelle des Kooperationsregimes von Bretton Woods tritt. Die Instrumente zur Umsetzung dieser Konzeption sind die Kreditkonditionen des IWF und der Weltbank, die sich in sog. „Strukturanpassungsprogrammen“ der betroffenen Länder niederschlagen.

1995 wurden die beiden globalen Institutionen IWF und Weltbank dann durch die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) ergänzt. Anders als 1944 für die ITO geplant, steht sie nicht unter der Aufgabe, für eine ausgeglichene Entwicklung des internationalen Handels zu sorgen. Ihre Mission richtet sich vielmehr auf die möglichst schnelle Verwirklichung des Freihandels, also auf die Öffnung der Grenzen und den Abbau aller Handelshemmnisse. Eine solche radikale Marktöffnung begünstigt die Starken und schwächt die Schwachen (vgl. Das Referat von Birgit Mahnkopf). Einen besondern Stellenwert spielt im Rahmen der Welthandelsorganisation das General Agreement on Trade in Services (GATS), das sich auf die umfassende Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte richtet und dabei auch auf den öffentlichen Sektor zielt.

7. Die Ergebnisse der mit Hilfe entfesselter Finanzmärkte durchgesetzten neoliberalen Politik sind globale Destabilisierung und Unsicherheit, eine massive Verschärfung der globalen Ungleichheit und eine globale Zunahme der Aggressivität nach innen und außen.

Globale *Destabilisierung und Unsicherheit* beziehen sich auf alle Bereiche des Lebens: ökonomische Krisen und Stagnation bedrohen die Sicherheit von Arbeitsplätzen, Einkommen, Gesundheit: Politische Instabilität bringt in vielen Ländern Unsicherheit für Leib und Leben mit sich.

Die *Ungleichheit* hat überall zugenommen: in den Ländern des Südens ebenso wie in den Ländern des Nordens, wo die Zahl der Arbeitslosen und Armen auf der einen und die Zahl der Millionäre und Milliardäre auf der anderen Seite zunimmt. Vor allem aber hat sich die immer schon große Kluft zwischen Nord und Süd weiter dramatisch vertieft. Das Verhältnis der Prokopfeinkommen des ärmsten Fünftels der Länder der Welt zu dem des reichsten Fünftels, das in den 1960er Jahren schon bei 1:30 gelegen hatte, stieg bis Ende der 1990er Jahre auf 1:78, hat sich also mehr als verdoppelt. In den 1990er Jahren, die von der UNO zum „Jahrzehnt der Entwicklung“ erklärt worden waren, ist in 54 Ländern der Welt die Armut nicht zurückgegangen sondern gestiegen.

Aggressivität: In den Industrieländern werden die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften brutaler. Rechtsextreme und faschistische Strömungen erleben einen Aufschwung. Als Gegenreaktion und als Antwort auf Terroranschläge – die in einer Umgebung sozialer Polarisierung einen fruchtbaren Nährboden finden – nimmt die autoritäre Formierung der Gesellschaften zu. Imperialistische Kriege und militärische Besetzungen werden wieder zu normalen und legitimen Mitteln zur Sicherung wirtschaftlicher Interessen erklärt. In vielen Ländern der dritten Welt herrschen Bürgerkrieg und bürgerkriegsähnliche Zustände.

8. Die Ausbreitung der Armut ist auch den globalen Institutionen IWF und Weltbank nicht verborgen geblieben. Die politischen Strategien zur Armutsbekämpfung haben jedoch bislang vor allem wegen ihrer engen Ausrichtung und der mangelnden Unterstützung der Industrieländer keine nachhaltigen Wirkungen gezeigt.

Bei der Politik der Armutsbekämpfung lassen sich drei Phasen beobachten.

Zunächst richtete sich die Politik von IWF und Weltbank darauf, durch entsprechende SAPs das exportorientierte wirtschaftlichen Wachstums in den betroffenen Ländern zu beschleunigen und dadurch das Problem der steigenden Armut in den Griff zu bekommen. Die Auflagen des IWF und der Weltbank – Einschränkung der „unproduktiven“ Staatsausgaben im sozialen Bereich, Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, hohe Zinsen zur Bekämpfung der Inflation – haben jedoch in der Regel die jeweiligen Krisen nicht gemildert, sondern verschärft.

In der zweiten Phase wurden die SAPs zu Wachstums- und Armutverminderungsprogrammen (GPRS =Growth and Poverty Reduction Strategies) umgewidmet und erweitert. Sie zeichneten sich durch die beiden zusätzlichen Auflagen aus, dass ein Teil der zur Verfügung gestellten Mittel unmittelbar für die Verbesserung der sozialen Situation verwendet und dass die Programme selbst unter größerer Beteiligung der betroffenen Länder zustande kommen und von diesen „angeeignet“ werden sollten („Ownership“). Im übrigen aber wurden die vorwiegende Orientierung auf höhere Exporte und die gesamtwirtschaftliche „Stabilisierungs“-Ideologie beibehalten, weil, so die nach wie vor dominierende Devise „Wachstum gut für die Armen“ sei.

In einer dritten Phase wurde der Kampf gegen die Armut in ein sehr viel weiteres Konzept eingebunden, das die UNO-Generalversammlung im Herbst 2000 als Millennium Development Goals“ verabschiedete. Sie enthalten neben quantitativen ökonomischen Zielen zur Verminde-

zung von Armut und Hunger auch Konzepte zur Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystems, Forderungen zur Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und zur Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Frauen in der Gesellschaft der armen Länder sowie Forderungen für eine „globale Partnerschaft für Entwicklung“ an die reichen Industrieländer.

Im Juni 2005 stellte die UNO in einem Zwischenbericht zum Fortschritt der Millenniumsziele allerdings fest, dass die Erfolge sehr unbefriedigend waren und die weltweite Armut zwar insgesamt auf der Welt abgenommen, in einigen Ländern jedoch zugenommen habe und dass die Zahl derjenigen, die Hunger leiden, zwischen 1997 und 2002 insgesamt gestiegen ist. Wesentliche Ursachen für die anhaltende Armut in der Welt sind der Mangel an Bereitschaft bei den Industrieländern, die Entwicklung der armen Länder durch finanzielle und technische Unterstützung und durch die Öffnung der eigenen Märkte zu fördern und ihre eigene Strategie der Unterwerfung dieser Länder unter ihre Konkurrenzinteressen zu verändern.

9. Die mit Hilfe entfesselter Finanzmärkte global umgesetzte neoliberale Politik stößt jedoch zunehmend auf Kritik, Protest und Widerstand.

Auf globaler Ebene sind die Gipfeltreffen der WTO 1999 in Seattle auf Grund des Protestes von Nichtregierungsorganisationen und 2003 in Cancún wegen des Widerstandes der Entwicklungsländer gegen das Diktat der Industrieländer gescheitert. In Lateinamerika hat sich eine breite Bewegung gegen den Neoliberalismus entwickelt und in einigen Ländern – vor allem Brasilien und Argentinien – Regierungen ins Amt gebracht, die ihre Länder nicht dem internationalen Finanzkapital ausliefern. Globalisierungskritische Bewegungen aus allen Kontinenten haben sich bislang viermal zu globalen Sozialforen getroffen, ihre Erfahrungen ausgetauscht und über Gegenstrategien diskutiert.

Auch in Europa wächst allmählich der Protest gegen die neoliberale Politik der Arbeitsplatzvernichtung, des Lohn- und Sozialabbaus, der Privatisierung und Ausdünnung öffentlicher Leistungen und insgesamt der Umverteilung von Einkommen, Vermögen, Lebenschancen und Einfluss von unten nach oben. Der Entwurf einer europäischen Richtlinie zur umfassenden Liberalisierung und Deregulierung der Dienstleistungen in der EU – deren Annahme zu drastischem Lohn- und Sozialdumping geführt hätte – stieß in mehreren Ländern auf derart massive öffentliche Kritik, dass sie – zunächst! – zurückgezogen werden musste. Breite Aufklärung und intensive öffentliche Diskussion über den durch und durch neoliberalen Entwurf für einen europäischen Verfassungsvertrag haben dazu geführt, dass die Bevölkerung von Frankreich und den Niederlanden diesen Entwurf in Volksabstimmungen abgelehnt hat.

10. Alternativen und Reformperspektiven für eine Neuordnung weltwirtschaftlicher Beziehungen sollten sich beziehen auf eine Re-Regulierung der Finanzmärkte, eine Demokratisierung von IWF, Weltbank und WTO, die Verstärkung der globalen Entwicklungshilfe auch durch Erschließung neuer Finanzquellen und vor allem auf eine grundlegend andere Wirtschaftspolitik in den Industrieländern zugunsten einer Stärkung der Binnennachfrage.

Die *Re-Regulierung der Finanzmärkte* sollte diese wieder stärker in die Finanzierung produktiver Investitionen einbinden. Destabilisierende Spekulationswellen können durch Devisentransaktionssteuern (Tobinsteuer) oder/und die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen gemildert oder verhindert werden. Globale oder zumindest regionale (europäische) Kooperation bei Steuern und Sozialstandards kann die Erpressbarkeit von Regierungen durch internationalen Standortwettbewerb eindämmen, und eine Demokratisierung der Unterneh-

mensverfassungen sollte dazu dienen, den Einfluss von Arbeitnehmern, Kunden, Zulieferern und Vertretern der Regionen in den großen Konzernen gegenüber der Macht der Finanzinvestoren zu stärken.

Die *Demokratisierung der globalen Institutionen* sollte sich bei IWF und Weltbank zunächst auf eine andere Verteilung des Stimmrechts und bei allen drei Institutionen auf eine gleichmäßigere Verteilung der tatsächlichen Möglichkeiten der Mitgestaltung globaler Politik richten. Der Grundsatz dabei sollte sein, dass es keiner einzelnen Gruppe – Entwicklungs- oder Industrieländer, oder Ländern bestimmter Kontinente – möglich sein sollte, die übrigen Länder zu majorisieren

Die *Verstärkung der Entwicklungshilfe* sollte durch einen weitreichenden Schuldenerlass, die Öffnung der Märkte in den Industrieländern, die Aufstockung der nationalen Entwicklungshilfe auf 1% des jeweiligen BIP und durch zusätzliche Finanzmittel aus der Erhebung internationaler Steuern geleistet werden.

Vor allem aber ist es erforderlich, dass die *Industrieländer ihre expansionistische Wirtschaftspolitik grundlegend ändern*, die darauf abzielt, die verteilungsbedingten Entwicklungsprobleme zu Lasten anderer Länder und ihrer Menschen zu lösen. Dieser Expansionismus war nach dem zweiten Weltkrieg durch das Bretton Woods System zunächst gebändigt und ist erst nach dessen Demontage wieder in voller Aggressivität zum Ausbruch gekommen. Wer ihn überwinden will, muss die Verteilungsverhältnisse in den Industrieländern verändern: Das erfordert Stärkung der Massenkauftkraft durch höhere Löhne und Sozialleistungen, und es erfordert eine stärkere Besteuerung nicht re-investierter Gewinne zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben und zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese Stärkung der Binnenorientierung ist vereinbar mit ausgedehnten internationalen Handelsbeziehungen im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung. Sie ist aber nicht vereinbar mit dauerhaft unausgeglichenen internationalen Handelsbeziehungen. Eine Politik der gleichgewichtigen internationalen Arbeitsteilung setzt voraus, dass die Binnenwirtschaft stark und im Gleichgewicht ist. Dies ist nicht durch den Selbstlauf der Märkte zu erreichen, die immer zu – größer werdenden – Ungleichgewichten tendieren. Die Herstellung starker Binnenmärkte ist keine technokratische Angelegenheit. Sie erfordert vielmehr eine Neuverteilung von Einkommen und Vermögen und wird nur in harten Konflikten mit denen zu erreichen sein, die von den aktuellen Verhältnissen profitieren. Die politische Kraft, um solche Konflikte durchzustehen, kann nur von starken und demokratischen sozialen Bewegungen kommen.